

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG  
Der Minister

156

Berlin, den 19. 12. 1988

Tgb.-Nr.: A-249 /88

Generalsekretär des Zentralkomitees der  
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und  
Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

Genossen Erich Honecker

Einverstanden.

gez. 19. 12. 88

Werner Genosse Honecker!

Beiliegend gestatte ich mir, Dir den Bericht über die Ergebnisse der  
am 17. 12. 1988 in SOFIA durchgeführten Sitzung des Komitees der  
Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages  
vorzulegen.

Entsprechend Deiner Aufgabenstellung wurde über diese Beratung eine  
Vorlage für das Politbüro des ZK der SED erarbeitet, die am 20. 12. 1988  
behandelt wird.

Dabei ist vorgesehen, daß ich im Verlaufe von 10 bis 12 Minuten einige  
Darlegungen zu der Vorlage gebe und Genosse Generaloberst Strelitz  
anhand von 6 vorbereiteten Schemata die wichtigsten Zahlenangaben über den  
Warschauer Vertrag und die NATO erläutert.

Ausgehend davon, daß die Gesamtproblematik im Politbüro behandelt wird,  
erscheint es nicht unbedingt notwendig, den beiliegenden Bericht den Mitgliedern  
und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED zuzustellen.

Sollte es zum Bericht bzw. zur Vorlage für das Politbüro Deinerseits noch  
Fragen geben, so bin ich bereit, Dir am Dienstag, dem 20. 12. 1988, vor der  
Sitzung des Politbüros zu den einzelnen Problemen Meldung zu erstatten.

Ich bitte um Kenntnisnahme und Bestätigung des unterbreiteten Vorschlages bzw.  
Deine Weisung.

Mit sozialistischem Gruß

H. Keßler  
Armeegeneral

## B e r i c h t

Über die Ergebnisse der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister  
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages  
am 17. 12. 1988 in SOFIA

---

Am 17. 12. 1988 fand in SOFIA unter Vorsitz des Ministers für Volksverteidigung der Volksrepublik BULGARIEN, Genossen Armeegeneral D s h u r o w , die 23. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages statt.

An der Sitzung nahmen alle Mitglieder des Komitees mit entsprechenden Delegationen teil.

Während der Zusammenkunft wurden folgende Fragen behandelt:

1. Die Präzisierung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte und Rüstungen der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO in Europa und den angrenzenden Seegebieten sowie
2. Mögliche organisatorische Veränderungen im Bestand der nationalen Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages, um ihnen im Verlaufe der nächsten 2 bis 3 Jahre eine größere defensive Ausrichtung zu geben.

1. Zur Präzisierung der Angaben zu den Streitkräften und Rüstungen des Warschauer Vertrages und der NATO

Der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte, Genosse Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , hob in seinen Ausführungen zur

"Veröffentlichung von Angaben über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte und Hauptarten der Rüstungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Länder der NATO in Europa und den angrenzenden Seegebieten"

hervor, daß in der gegenwärtigen Etappe die Hauptaufgabe der Länder des Warschauer Vertrages in der Verhinderung eines Krieges, der Einstellung des nuklearen und konventionellen Wettrüstens und dem Übergang zu kontinuierlicher Abrüstung bestehe.

Dabei lassen sie sich von den Beschlüssen der Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses 1986 in BUDAPEST, 1987 in BERLIN und 1988 in WARSCHAU sowie vom Verteidigungscharakter der gemeinsamen Militärdoktrin leiten.

Dank den Anstrengungen der Sowjetunion, der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft und aller friedliebenden Kräfte wurde zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Gefahr eines Krieges zurückgedrängt, so daß ein Prozeß des allmählichen Abbaus der Konfrontation begann.

Gleichzeitig hätten jedoch die herrschenden Kreise der USA und ihre Verbündeten in der NATO ihre Absichten nicht aufgegeben, mit der Sowjetunion und den anderen Ländern des Warschauer Vertrages von der Position der Stärke aus zu verhandeln.

Die Militärdoktrinen der USA und der NATO beruhen nach wie vor auf der "nuklearen Abschreckung" und dem Ersteinsatz von Kernwaffen.

Auch die Ergebnisse der letzten Sitzungen der militärischen Führung der NATO bestätigten erneut, daß sie, ungeachtet der sich abzeichnenden Beziehungen zwischen Ost und West, gewillt ist, an der "Politik der Stärke" festzuhalten. Gleichzeitig wird eine sogenannte "erdrückende Überlegenheit" des Warschauer Vertrages bei den konventionellen Rüstungen konstruiert und hervorgehoben, daß die Streitkräfte unseres Bündnisses Angriffscharakter hätten und eine Bedrohung für die westeuropäischen Länder darstellten.

Mit den kürzlich veröffentlichten Angaben über die Streitkräfte der NATO und des Warschauer Vertrages versuchten die NATO-Länder die Überlegenheit des Warschauer Vertrages zu beweisen.

Die von der NATO veröffentlichten Zahlenangaben basierten auf einem selektiven Herangehen an die Komponenten der Streitkräfte und Rüstungen. Der Akzent werde bewußt auf die Rüstungen der Landstreitkräfte (Panzer, Artillerie und gepanzerte Fahrzeuge) gesetzt, wo eine bestimmte Überlegenheit der Länder des Warschauer Vertrages bestehe.

Ausgeklammert werde dabei jedoch die Anzahl der Angriffsfliegerkräfte und vor allem der Seestreitkräfte, bei denen eine eindeutige Überlegenheit auf Seiten der NATO vorhanden sei.

Nach sowjetischer Auffassung verfolge die NATO-Führung mit ihrer Veröffentlichung vor allem propagandistische Ziele, um letztendlich ihre Forderung nach einseitiger Reduzierung der Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages zu begründen und die weitere Aufrüstung der NATO-Streitkräfte zu rechtfertigen.

Durch die Staaten des Warschauer Vertrages sei mehrfach die Bereitschaft bekundet worden, mit den Ländern der NATO in einen Dialog über den Austausch von Daten zu treten, die das Verhältnis der Kampfkraft der beiden militärpolitischen Bündnisse in Europa charakterisieren.

Diese Vorschläge fanden jedoch seitens der Führung der NATO-Staaten keine Unterstützung.

Ausgehend von dieser Haltung der NATO, habe das Komitee der Verteidigungsminister im Oktober 1988 bei seiner Sitzung in PRAG zum damaligen Zeitpunkt von einer Veröffentlichung der Zahlenangaben Abstand genommen, um positiven Ergebnissen bei der Vereinbarung eines Mandats für die WIENER Verhandlungen nicht entgegenzuwirken.

Aufgrund der einseitigen Veröffentlichung der Zahlenangaben durch die NATO habe sich die Lage verändert. Es müsse daher alles unternommen werden, damit die Weltöffentlichkeit nicht ein im Interesse der NATO liegendes, sondern ein reales Bild des entstandenen Verhältnisses der Streitkräfte und Rüstungen in Europa vermittelt bekommt.

Zu diesem Zweck werde vorgeschlagen, in Abstimmung mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR eine

"Erklärung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages 'Zum Verhältnis der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte und Rüstungen der Organisation des Warschauer Vertrages und des Nordatlantischen Bündnisses in Europa und den angrenzenden Seegebieten'"

zu veröffentlichen.

An dieser Problematik haben die Generalstäbe der Bruderarmeen fast zwei Jahre gearbeitet.

Die in der Erklärung des Komitees angeführten Angaben seien nicht dazu bestimmt, in vollem Umfang als Ausgangsparameter für künftige Verhandlungen zu dienen, die entsprechend dem Mandat stattfinden sollen.

Das komplexe Herangehen an die Einschätzung der militärischen Kräfte in Europa biete jedoch die Möglichkeit, die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu konzentrieren, den Verhandlungen realistischen Charakter zu verleihen und die NATO zu zwingen, auf einseitige Vorteile zu verzichten.

Nach Meinung der sowjetischen Genossen könnte das Dokument nach Bestätigung durch die Partei- und Staatsführungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Januar 1989 gleichzeitig von allen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages veröffentlicht werden. Der konkrete Zeitpunkt der Veröffentlichung würde zwischen den Verteidigungsministerien abgestimmt werden.

Die Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister, außer dem Minister für Nationale Verteidigung der Sozialistischen Republik RUMÄNIEN, Genossen Generaloberst M i l e a , stimmten prinzipiell den Ausführungen von Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w sowie der vorliegenden Erklärung mit ihren Anlagen zu.

Der rumänische Verteidigungsminister unterbreitete den Vorschlag, daß außer der sowjetischen Initiative, die Genosse G o r b a t s c h o w in Abstimmung mit allen Parteiführungen der sozialistischen Staatengemeinschaft vor der UNO bekanntgegeben hat, unbedingt in die Erklärung aufgenommen werden sollte, "daß die Sozialistische Republik RUMÄNIEN bereits im Jahre 1986 eine einseitige Truppenreduzierung von 5 Prozent durchgeführt hat."

Alle Verteidigungsminister versuchten die rumänische Delegation von der Unzweckmäßigkeit einer solchen Formulierung zu überzeugen, da es in den letzten Jahren bereits mehrere derartige Initiativen der Bruderstaaten gegeben habe.

So hat z. B. die UdSSR aus der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland bereits 20.000 Mann und 1.000 Panzer abgezogen.

Genosse Minister K e ß l e r meldete sich zu dieser Problematik dreimal zu Wort, um einen entsprechenden Kompromiß zu erreichen.

Durch eine unzweckmäßige Führung dieser Diskussion durch den Vorsitzenden der Komiteesitzung, Genossen Armeegeneral D s h u r o w , kam dieser jedoch nicht zustande.

Der rumänische Verteidigungsminister stimmte abschließend dem Inhalt des Dokumentes zu, bestand jedoch darauf, daß der rumänische Vorschlag als Vermerk in das Protokoll aufgenommen wird.

Die Verteidigungsminister kamen überein, den Partei- und Staatsführungen vorzuschlagen, die Zahlenveröffentlichung propagandistisch und agitatorisch gründlich vorzubereiten, um sie allseitig für die militärpolitische Arbeit zu nutzen.

Durch die sowjetische Seite wird die "Erklärung" in Form einer Broschüre in fünf Sprachen vorbereitet und zum abgestimmten Zeitpunkt herausgegeben.

2. Zu möglichen organisatorischen Veränderungen im Bestand der nationalen Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages

Der Minister für Verteidigung der UdSSR, Genosse Armeegeneral J a s o w , informierte über die von der Sowjetunion vorgesehenen Maßnahmen

- zur Verringerung der sowjetischen Streitkräfte und der Hauptarten ihrer Rüstungen und
- zur Vervollkommnung der Organisationsstruktur der Streitkräfte hinsichtlich der Herausbildung einer größeren Verteidigungsrichtung.

Nach tiefgründiger Analyse der militärpolitischen Lage und des Kräfteverhältnisses besonders in Zentraleuropa wird es für möglich erachtet, durch die Sowjetunion und die Länder des Warschauer Vertrages insgesamt einige einseitige Maßnahmen zur Reduzierung der Streitkräfte vorzunehmen, ohne die bevorstehenden Verhandlungen abzuwarten.

Dabei ist es jedoch unbedingt erforderlich, die Möglichkeiten des Gegners zu einer Aggression und die jeweiligen Bündnisverpflichtungen der einzelnen Bruderstaaten zu berücksichtigen.

Der mit den Partei- und Staatsführungen unserer sozialistischen Staatengemeinschaft abgestimmte Vorschlag der einseitigen Reduzierung der Sowjetarmee, wie er von Genossen G o r b a t s c h o w vor der UNO bekanntgegeben wurde, sei allgemein bekannt.

Die Sowjetunion wird ihre Streitkräfte einseitig im Zeitraum 1989 bis 1990 um 500.000 Mann reduzieren.

Die Gruppierung der Landstreitkräfte und der Luftstreitkräfte im europäischen Teil der UdSSR und auf dem Territorium der verbündeten Länder wird um 100.000 Mann, das heißt um 6,4 Prozent der Gesamtstärke der Streitkräfte der UdSSR im europäischen Raum abgebaut.

Dabei erfolgt eine Reduzierung um 10.000 Panzer, 8.500 Artilleriesysteme und 800 Kampfflugzeuge.

Diese Technik wird verschrottet, für Verwendungen in der Volkswirtschaft umgerüstet oder als Mobilmachungsreserve eingelagert.

Im Ergebnis dieser Maßnahmen wird die Personalstärke der sowjetischen Streitkräfte

- im europäischen Teil der Sowjetunion um 50.000 Mann und
- in der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, der Zentralgruppe in der CSSR, der Südgruppe in UNGARN und der Nordgruppe in der VR POLEN um 50.000 Mann

reduziert.

Genosse Minister J a s o w legte im weiteren dar, daß

- im Zusammenhang mit der Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen ebenfalls Verringerungen der sowjetischen Streitkräfte im asiatischen Teil des Landes vorgesehen sind sowie
- der Abzug der Truppenkontingente aus AFGHANISTAN im Monat Februar 1989 abgeschlossen wird

und alle diese Kräfte demobilisiert werden.

Genosse Armeegeneral J a s o w brachte zum Ausdruck, daß die Vorstellungen zur Herstellung der Übereinstimmung der Organisationsstrukturen der Streitkräfte der UdSSR mit unserer gemeinsamen Verteidigungsdoktrin im wesentlichen erarbeitet seien. Er erläuterte ausführlich die vorgesehenen neuen Organisationsstrukturen der mot. Schützen- und Panzerdivisionen nach den Vorstellungen des sowjetischen Generalstabes.

Es wäre zweckmäßig, wenn auch die Bruderarmeen, ausgehend von ihren Aufgaben entsprechend der operativen Planung, in den nächsten zwei bis drei Jahren ebenfalls Umstrukturierungen in ihren Armeen durchführen könnten.

Ausgehend von der Aufgabenstellung des Politischen Beratenden Ausschusses wäre es notwendig, in allen Armeen unseres Verteidigungsbündnisses bis Ende Januar 1989 die konkreten Strukturvorschläge zu erarbeiten, um sie im Februar/März 1989 auf der gemeinsamen Sitzung des Komitees der Außenminister und des Komitees der Verteidigungsminister erörtern zu können.

Danach könnten diese Vorstellungen über die Entwicklung der Streitkräfte der Bruderarmeen dem Politischen Beratenden Ausschuß zur Bestätigung vorgelegt werden.

Abschließend unterstrich Genosse Minister J a s o w , daß unsere Schritte einseitiger Abrüstung, die den NATO-Ländern ein Beispiel geben sollten, unsere gemeinsame Sicherheit nicht gefährden.

Alle diese Maßnahmen würden den Verteidigungscharakter unserer Militärdoktrin auch auf dem Gebiet der militärischen Strukturen widerspiegeln und anschaulich dokumentieren, daß bei uns Wort und Tat in Übereinstimmung stehen.

Durch die Realisierung dieser Maßnahmen würde eine Verringerung der Angriffsfähigkeit der mot. Schützen- und Panzerdivisionen bei gleichzeitiger Erhöhung ihrer Verteidigungsfähigkeit erreicht werden.

Alle Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister gaben den Ausführungen des Genossen Minister J a s o w ihre Zustimmung und legten in ihren Beiträgen dar, wie die einzelnen Armeen an die Lösung dieser Aufgaben herangehen wollen.

Am 17. 12. 1988 wurden die Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom Generalsekretär des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik BULGARIEN, Genossen Todor S h i w k o w , zu einer Visite empfangen.

Nach einer Information über die Ergebnisse der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister durch Genossen Minister D s h u r o w ging Genosse Todor S h i w k o w auf folgendes ein:

- Die auf der UNO-Vollversammlung am 07. 12. 1988 durch Genossen Michail G o r b a t s c h o w angekündigte Initiative zur einseitigen Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte sei mit der bulgarischen Partei- und Staatsführung abgestimmt worden und habe auch eine historische Bedeutung für die Umgestaltung der Streitkräfte BULGARIENS entsprechend dem Prinzip der Hinlänglichkeit für die Verteidigung.  
Die angekündigten Schritte würden in der ganzen Welt bei allen Menschen Anklang finden.
- In diesem Jahr seien in Staat und Wirtschaft der Volksrepublik BULGARIEN eine Reihe von Veränderungen vorgenommen worden.  
So wären auch in dieser Etappe auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei einige ganz normale und folgerichtige Kaderveränderungen erfolgt, die vom Westen zu Spekulationen genutzt wurden.  
Im Politbüro seien zwei Mitglieder von ihren Funktionen entbunden und zwei neue Mitglieder aufgenommen worden. In das Zentralkomitee wurden 18 Mitglieder kooptiert.  
Alle Kaderveränderungen wären offen diskutiert und in der Presse veröffentlicht worden.  
Der Hauptinhalt des Plenums sei das Problem der Realisierung der Konzeption der volkswirtschaftlichen Entwicklung des Landes gewesen.
- Gegenwärtig müsse man die Arbeit zur Umgestaltung beschleunigt entfalten. Dafür müßten Millionen von Menschen gewonnen werden.  
In diesem Zusammenhang gelte es auch, die Rolle der Gesetzgebung und der Justizorgane wesentlich zu erhöhen.  
Die Umgestaltung werde nicht nur in der Ökonomie, sondern auch im gesellschaftlichen Überbau vollzogen.



- Im Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung für 1989 wäre ein Zuwachs der Industrieproduktion von 5 bis 6 Prozent und bei Konsumgütern und Dienstleistungen um 20 Prozent vorgesehen.  
In diesem Zusammenhang sollen die Möglichkeiten der weiteren Integration sowohl mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern als auch mit kapitalistischen Ländern genutzt werden.  
Der angenommene Plan solle jedoch erst nach Abstimmung mit den Bruderländern und Unterzeichnung der entsprechenden Verträge bestätigt werden.

Abschließend bat Genosse Todor S h i w k o w an der Schwelle zum neuen Jahr den General- bzw. Ersten Sekretären der Bruderparteien seine besten Grüße und Wünsche zu überbringen.

Bei der Verabschiedung baten Genosse Minister J a s o w und Genosse Marschall der Sowjetunion K u l i k o w dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen Erich H o n e c k e r , ihre herzlichsten Grüße, verbunden mit den besten Wünschen für ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr zu übermitteln.

Die sich aus der Komiteesitzung für das Ministerium für Nationale Verteidigung bzw. für die Nationale Volksarmee ergebenden Maßnahmen werden entsprechend unseren Möglichkeiten auf der Grundlage der Aufgabenstellung der Partei- und Staatsführung in der weiteren Arbeit Berücksichtigung finden.